

15.5.1946
Nr. 2

SOZIALDEMOKRATISCHER

PRESEDIENST

Braunschweig, Hoffmannsplatz 399, Tel.: 2367

Nach dem Parteitag

spd. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat sich als eine Reichspartei konstituiert, das ist das erste und sichtbarste Ergebnis dieses ersten Parteitages, der nach der Zeit der Illegalität stattfand. Diese neue SPD wird eine Partei des Kampfes, der entschiedenen Tat, der Verwirklichung des Sozialismus sein - das ist das andere, nicht minder wichtige und zukunftssträchtige Ergebnis. Der Apparat steht, der das Werkzeug des politischen Wollens ist und der Wille ist auf ein Ziel gerichtet, das nicht in nebelhafter Ferne winkt, sondern das erreichbar nahe ist. Nun kommt es auf die Frauen und Männer an, die in den Körperschaften der kommunalen und staatlichen Selbstverwaltung und Selbstregierung die Möglichkeit haben, Grundsätze in nüchterne Tatbestände zu übersetzen. Das ist die Aufgabe. Was auf dem Parteitag zum Thema Sozialismus, zur Flüchtlingsfrage, zur Gewinnung der Jugend, zur Entnazifizierung gesagt wurde, das kann und soll und muss seine reale Auswertung in den Beschlüssen finden, die in den Städten und Dörfern, Kreisen und Provinzen oder Ländern gefasst werden.

Andere Entschliessungen des Parteitages wandten sich, zum Teil ausschliesslich, an die Adresse der Militärregierungen, des Alliierten Kontrollrates und der verbündeten Mächte, die das Regiment in Deutschland führen. Was aber immer von ihnen entschieden werden mag, es bedarf der wiederholten Anregung und Unterstützung durch die in die Verantwortung berufenen deutschen Körperschaften. Das gilt für den Wunsch nach Freigabe der deutschen Kriegsgefangenen sowohl wie für die Forderung, den Beamten politische Mitwirkung ausserhalb ihres Amtes zu gestatten, wie auch für den Appell, den Bergleuten an der Ruhr zu helfen und die Ernährungskrise in Deutschland zu lösen. In eindrucksvoller Weise hat dieser Parteitag der SPD bekundet, dass die Partei alle ihre Funktionäre auffordert, im Sinne dieser Beschlüsse tätig zu sein. Sie weiss, dass pathetische Entschliessungen nur einen sehr bedingten Wert haben.

Zu den bemerkenswertesten Unwägbarkeiten des Parteitages gehört das Auftreten einer jungen Generation, die nicht nur zahlenmässig beträchtlich war, sondern auch mit ihrer sachlichen Potenz einen Beitrag zu den Ergebnissen des Parteitages leistete, der weit grösser war als der Einfluss der jungen Generation auf irgendeinen der Parteitage der SPD in den Jahren der Weimarer Republik. Unschwer ist vorauszusehen, dass sich diese Jugend, vornehmlich Kriegsteilnehmer, aber auch Akademiker und junge Arbeiter einen besonderen Platz in der Parteiorganisation, vor allem aber in der politisch-geistigen Auseinandersetzung innerhalb der Partei sichern wird. Das kann nur zum Vorteil der Sache sein, in deren Dienst die Partei steht.

Sie bezugte in diesem Parteitag eine unerwartet starke politische Kraft, die sich in dem Maß der Unabhängigkeit darstellte, das in den Reden zum Ausdruck kam, die aber auch in der Klarheit und Unbedingtheit der Forderungen und programmatischen Erklärungen sichtbar wurde. Man weiss nach diesem Parteitag, dass die SPD neu, kampfwillig und selbstsicher

Der Neuaufbau der Konsumgenossenschaften

Von Heinz Krüger, Hannover

spd. Die Militärregierungen haben in den einzelnen deutschen Besatzungszonen den Neuaufbau der Genossenschaften ermöglicht, zum Teil sogar angeordnet. Im Vordergrund steht dabei die Wiedererrichtung der Produktivgenossenschaften, insbesondere des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens.

Für die arbeitende Bevölkerung der Städte und die in den Gewerkschaften organisierten Verbrauchermassen ist dabei auch die Frage der Neubildung der Konsumgenossenschaften gestellt. Auf diesem Gebiet ist die erste Rückwirkung in den Reihen der Sozialdemokratischen und Kommunistischen Partei vielfach die einer reinen Wiederbelebung der von den Nationalsozialisten 1933 zerschlagenen Organisationen gewesen. Man glaubt oft, es genüge, einfach in jedem Ort die alten Konsumvereins-Läden wieder aufmachen zu sollen und mit einem Appell an die alte Mitgliedschaft den Zustand von vor 1933 wieder herzustellen zu müssen. Wie auf fast allen wirtschaftlichen und politischen Gebieten gilt es aber auch hier, nicht einfach da wieder anzufangen, wo man 1933 aufgehört hat; Man muss die veränderte wirtschaftliche Struktur und auch die völlig neue gesellschaftliche Umschichtung unseres Volksebens beachten, um zu vernünftigen, neuen und zwar sozialistischen Lösungen zu kommen. In der Zeit technischer und wirtschaftlicher Hochkultur, die gleichzeitig eine Zusammenballung raffiniertester kapitalistischer Konzentration war, wurde es eine politische Notwendigkeit gegenüber dem Warenhaushandel, den Filialgeschäften und einer rückwärts blickenden Kleinhandlerschaft den ärmeren Bevölkerungsschichten die Konsumvereinsbewegung regulierend und helfend zur Verfügung zu stellen. Nach dem Zusammenbruch des Hitlerregimes aber hat sich eine radikale Umschichtung und eine besitz- und klassenmäßige Verlagerung ergeben, die für das Genossenschaftswesen im demokratischen Neuaufbau nicht übersehen werden darf. Weiße Schichten des früheren Mittelstandes sind selbst besitzlos geworden, proletarisiert und damit wirtschaftlich und geistig einer gesamtsozialistischen Lösung nähergebracht worden. Die Warenhauskonzerne sind unter den Bomben zerschlagen und finanzkapitalistisch entmacht. Die Masse der bestehengebliebenen Kleinhandlery- und Verteilergeschäfte ist durch Warenmangel, Zwangsbewirtschaftung und anderen Notfolgen des Zusammenbruchs zu einem kümmerlichen Kleinstkaufmannsdasein mit geringen Umsätzen verurteilt. So gesehen, hat es weder einen politischen Sinn noch eine wirtschaftliche Berechtigung noch einen erkennbaren Nutzen, dieser proletarisierten Kleinhandlerschaft durch Konsumvereinsläden neue, nur zersetzende Konkurrenzen aufzuzwingen.

Das soll nicht heißen, dass die Konsumgenossenschaftsbewegung nicht wieder entstehen soll; es wird gleichsam als beispielgebende Verkaufsstelle an jedem Ort ein Konsumgeschäft wohl am Platze sein. Aber es soll im Zusammenwirken der notwendig wieder entstehenden Handlerschaft, ja sogar als deren Mitarbeiter in Erscheinung treten. Die Konsumgenossenschaftsbewegung muss mit dem Ziel sozialistischer Tagesarbeit ihr Fundament ganz neuartig gestalten:

Es müssen zuerst Produktions-Genossenschaften und genossenschaftlich Grosshandelsorganisationen ins Leben gerufen werden. Man sollte dabei auf das grosse Vorbild der G.E.G. (der früheren Grossverkaufs-genossenschaft deutscher Konsumvereine) zurückgreifen.

Es gilt also zuerst nicht die kleine Frage: Wie kann man neben dem Kleinkrämer den Konsumgenossenschaftsladen wieder eröffnen? sondern: Mit welcher bestorganisierten Produktionskraft ist es möglich, dem Stadtmenschen wie dem Landhaushalt schnellstens in bester Qualität die notwendigen Verbrauchsgüter des täglichen Bedarfs zu liefern? Es gilt also, gemeinnützige Nahrungsmittelfabriken, Seifenfabriken, Produktionsstätten für Haushaltsgegenstände aus Glas, Porzellan, Emaille und Metall zu errichten. Der Neuaufbau genossenschaftlicher Brot- und Nahrungsmittelfabriken, von Textilmanufakturen, Buch- und Kunstgewerbeorganisationen ist wichtig und in vorbildlicher, gemeinwirtschaftlicher, d.h. sozialistischer Form zu erstreben. Hier soll die Musterware und das im Preise erschwingliche Produkt des Massenverbrauchs entstehen und über eine genossenschaftliche Verteilerorganisation dem letzten arbeitenden Menschen im Volk zugänglich gemacht werden.

Als Folge daraus ergibt sich in sozialistischer Konsequenz die vordringliche Aufgabe, auch die Warenverteilung bis zum Kleinhandel (also einschliesslich des Kleingeschäfts wie des Musterladens der Konsumgenossenschaft) durch Grosshandlungsgenossenschaften ~~zu~~ ~~organisieren~~ ~~Grosshandlungsgenossenschaften~~ dieser Art werden dann die entscheidende preisregulierende Funktion ausüben. Sie werden Schiebererei und Schleichhandel vorbeugen und verhindern, dass neue, mit kapitalistischen Methoden arbeitende Geschäftsunternehmen überhaupt Einfluss gewinnen.

Wie auf allen Gebieten der Neubelebung unserer Wirtschaft nach dem totalen Zusammenbruch stehen wir auch beim Wiedererwecken der Genossenschaftsbewegung vor einer sozialistischen Gegenwartsaufgabe. Diese Aufgabe kann zur Tat werden, wenn sie richtig und rechtzeitig erkannt wird.

Es muss also mit der Genossenschaftsbewegung von Grund auf und neuartig gehandelt werden. Es dürfen nicht nur die alten- selbst guten- Beispiele einfach nachgeahmt werden. Man fange also nicht mit einer Mitgliederwerbung von unten und der heute durchaus unsozialistischen Eröffnung von Einzelgeschäften an. Man baue vielmehr einen neuen Genossenschaftskörper zum Nutzen der Gesamtheit des verarmten Volkes. Hierin liegt eine werbende Kraft und eine sozialistische Tat!

Krise in der CDU?

spd. Es gibt einen Unterschied in der Christlich-Demokratischen Union, wenn man die bestehenden Teile in den verschiedenen Zonen des Reiches als Ganzes sieht. Im protestantischen Osten stehen andere Fragen im Vordergrund als im katholischen Westen, und die Arbeitermassen des Ruhrgebietes verlangen von der CDU andere Dispositionen als das Besitzbürgertum in Süd- und Mitteldeutschland. Vom Augenblick der Gründung der Partei an sind die Auseinandersetzungen, die aus solchen Spannungen entstehen müssen, nicht zum Schweigen gekommen, wenn sie auch in der Öffentlichkeit weniger Aufmerksamkeit fanden, weil eben andere Fragen heute dringlicher sind.

In einem Artikel, den der erste Vorsitzende der CDU in Berlin, Gewerkschaftssekretär Jakob Kaiser, in der Zeitung "Neue Zeit" veröffentlichte, hat er unter der bezeichnenden Überschrift "Verpflichtung der Union" auf eine der wichtigsten Fragen hingewiesen, vor der das Konglomerat der CDU immer stehen wird, auf die Entscheidung nämlich, ob die Partei sozialistische Prinzipien anzunehmen und sozialistische Maßnahmen zu unterstützen bereit ist. Man merkt es dem Schreiber an, dass er weiss, wie schwierig es ist, in seiner Partei den Willen zum Sozialismus zu entfachen. Wenn das Wort nicht schrecke, so meint er, und fügt hinzu, dass es gut wäre, wenn der Schrecken überwunden würde, der solle den Willen zum sozialen Umbau in Deutschland sozialistische nennen, denn er sei es. Es ist eben unmöglich, dass irgendjemand in Deutschland an der Tatsache vorbeigehen kann, dass die Zukunft dieses Landes und Volkes nur nach dem Grundsatz gestaltet werden kann: der Sozialismus beherrscht in Prinzip und Praxis alle Maßnahmen, die zum Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft, des geistigen und kulturellen Lebens, des Rechtes der Verwaltung und alle anderen Erscheinungsformen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens notwendig sind. Das aber nennt man Neubau und nicht Wiederaufbau.

Noch eine andere Frage hat in die Reihen der CDU eine Diskussion gebracht, die nicht einfach als ein klärendes Gespräch bezeichnet werden kann. Es ist die religiöse Frage. Die starke Betonung, die die Religion bereits in dem Namen der Partei fand, hat von vornherein Anlass gegeben, die Haltung der CDU aufmerksamer zu beobachten. Es ist schon gesagt worden, dass das allzu belastete Wort "nationalistische" grosszügig durch das Wort "christlich" ersetzt wurde, wobei das eine wie das andere mehr als ein Schleier zu betrachten ist, der manche Blöße verhüllen soll. Wenn schon das christliche Moment eine entscheidende Funktion für eine politische Partei darstellen soll, ist es, wie die Dinge in Deutschland liegen, nicht zu vermeiden, die verschiedenartige Auffassung der protestantischen und der katholischen Seite über das politische Phänomen dieser Funktion zu beachten. Dabei ist es ein besonderes Kapitel, dass der politische Protestantismus bisher immer gleichbedeutend war mit politischer Reaktion.

Die CDU kann diesen Spannungen nicht ausweichen. Sie steht vor der Frage des Bekenntnisses zum Sozialismus und vor einer klaren Entscheidung darüber, ob sie das religiöse Anliegen, die christliche Lehre zum Gegenstand eines politischen Geschäfts machen will.

Nicht nachdenken?

Mensch, bloss nicht nachdenken!" pflegte mein Kumpel abschliessend zu bemerken, wenn wir uns abends in die Decken wickelten, und noch einmal die Sinnlosigkeit unseres damaligen Daseins glossierten. Seitdem hat sich viel geändert: der Kumpel lebt nicht mehr, die Nazis sind verschwunden, Deutschland ist ein Trümmerhaufen.

Jener Warnung aber, nachzudenken, begegnet man auch heute auf Schritt und Tritt: im Gespräch mit Freunden unterbricht sie die zornigen Gedanken an die Schuld und die Schuldigen, die das ganze Unglück verursacht haben und die wehmütvollen Erinnerungen an die tausendfältigen Formen eines besseren Lebens. Jene Warnung ist zunächst ein Wort der Barmherzigkeit gegen sich selbst. Die alte Volkswisheit 'Was ich nicht weiss, macht mich nicht heiss' wird dahin abgewandelt, dass das, worüber ich mir den Kopf nicht zerbroche, mir auch nicht den Sinn verdüsten kann. Tatsächlich haben aber viele Menschen es in dieser Kunst des Übergehens und Übersehens grosser Zusammenhänge und brönnender grundsätzlicher Probleme der Gegenwart- und Vergangenheit zu bemerkenswerter Leistung gebracht. Sie gehen durch die Trümmer der Städte und sehen sie nicht, sie reisen durch Tage und Nächte und hören nichts von den Gesprächen der Not, von der Heimatlosigkeit. Sie gehen an den auffallendsten Erscheinungen und Tatsachen unberührt vorbei, denn sie denken nicht nach und wollen es auch nicht.

Die Methode hat manches für sich. Sie ermöglicht erhöhte Konzentration auf ein Ziel, sie absorbiert keine seelischen und geistigen Kräfte, die nutzbringender verwendet werden können. Es ist nämlich wie bei der alten Erfahrung des Arztes: der Kranke der nicht grübelt, dessen Phantasie auch nicht ausreicht, sich allzu gründlich mit seiner Krankheit und ihren Folgen zu befassen, ist viel besser daran, als der nachdenkliche Kranker. Und ganzallgemein sind betrachtende Naturen seelisch und stimmungsmässig anfälliger als aktive.

Aber man kann auf diesem Wege auch zu weit gehen und viele Menschen tun das heute. Auffallend oft wird die Parole, nicht nachzudenken, gerade von solchen Leuten ausgegeben, die ein Interesse daran haben, dass ihre lieben Mitmenschen sich nicht mehr mit den Ursachen unseres heutigen Unglücks befassen. Das bewusste Beiseiteschieben peinlicher und quälender Erinnerungen und Überlegungen, das mitunter gut und notwendig ist, darf nicht auf die gänzliche Ignorierung von Tatsachen und Zusammenhängen hinauslaufen, die verdienen, immer wieder und mit allem Nachdruck im Bewusstsein jedes einzelnen verankert zu werden. Der Rat, nicht nachzudenken, sollte niemals als eine Aufforderung zur Vergesslichkeit aufgefasst werden. Als vorübergehender Selbstschutz mag er zu Zeiten von Wert sein. Als Grundsatz würde seine Anwendung allzu leicht zur Wiederholung jener Gedankenlosigkeit führen, die nicht eine der geringsten Ursachen für Entsetzlichen und Wachsen des Nationalsozialismus war.

Die italienischen Kolonien

(Von unserem ausserpolitischen Mitarbeiter)

spd. Es besteht kein Zweifel, dass die zukünftige Kontrolle im Mittelmeerraum das Hauptproblem ist, mit dem die Aussenminister in Paris sich auseinandersetzen haben. Englands Interesse an dieser Frage wird gekennzeichnet durch den Ausspruch seines Aussenministers Bevin, "Tobruk

ist für England dasselbe was Stalingrad für Russland ist". Um die Bedeutung der Pariser Verhandlungen und die englische Haltung ganz begreifen zu können ist es nötig, die Stellung Grossbritanniens im Gebiet des Mittelmeeres zu betrachten.

Der Wille zur Selbständigkeit hat bei den Völkern, die bisher unter einem Status der Abhängigkeit standen, durch den Krieg einen neuen und wie es scheint entscheidenden Anstoss erhalten. Sie haben zum grössten Teil in irgend einer Form Hilfe geleistet und leiten daraus ein Recht zur Selbständigkeit ab. Zum anderen ist dieser Krieg erneut um die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht der Völker geführt worden. Für Grossbritannien ist der Augenblick gekommen - man könnte fast sagen: die letzte Minute - um von sich aus seinen bisherigen Schützlingen die politische Freiheit zu geben und dann das Gefüge des Empire auch im Mittelmeergebiet auf der Freundschaft und natürlichen Interessenpolitik seiner gleichberechtigten Verbündeten aufzubauen. Die Notwendigkeit dieser Umorganisation wird unterstützt durch eine Verlagerung der strategischen Momente. Die Kraft und Bedeutung dieser freundschaftlichen Verbindungen, wie sie seit langer Zeit zwischen Grossbritannien und seinen Dominion bestehen, ist oft, an meisten von Hitler und seinen Diplomaten, unterschätzt worden.

Aus dieser Perspektive gesehen hat England mit zwei wesentlichen Faktoren im Mittelmeergebiet zu rechnen, mit Aegypten und mit der übrigen arabischen Welt. Während die Revision des englisch-ägyptischen Vertrages vom 26. Mai 1936 eine Lösung in diesem Sinne einleitet, scheint es für England weitaus schwieriger zu sein, die arabische Welt in den gleichen politischen Rahmen zu spannen.

Von arabischer Seite wird scharf gegen den Palästina-Plan der britisch-amerikanischen Kommission protestiert und mit Sorge die Regelung der Frage der italienischen Kolonien betrachtet. Eine Auslieferung dieser Gebiete an Italien bedeute Krieg, sagten die Araber. England hat den Ruf der arabischen Welt wohl verstanden und der Bevölkerung in der Cyrenaika insbesondere den Somussai zugesichert, dass sie nicht wieder unter italienische Herrschaft kämen. Bevin schlug darum ein selbständiges Lybien vor und wollte die anderen ehemaligen Kolonien unter die Treuhänderschaft der UNO stellen. Unso höher ist die Bereitschaft Grossbritanniens, auf einen Kompromiss in dieser Frage einzugehen, als eine nachdrückliche Geste der Bereitschaft zur Verständigung anzusehen. Bevin erklärte sich bereit, sich dem französischen Plan anzuschliessen, der eine italienische Treuhänderschaft für Tripolitanien vorsieht, vorausgesetzt, dass Grossbritannien dann Treuhänder in der Cyrenaika würde. Vorausgegangen war der Verzicht Molotows auf eine Treuhänderschaft Russlands über Tripolitanien. Molotow unterstützte ebenfalls den französischen Plan.

Dieser Einzelfall, der hier in knappster Form dargestellt wurde, beleuchtet die gesamte Verhandlungsatmosphäre in Paris. Wohl stossen die politischen Lebensbedingungen der Verhandlungspartner in vielen Fällen aufeinander, und oft schien die Konferenz infolge fehlender Verständigungsmöglichkeiten zu einem vorzeitigen Ende zu kommen. In dieser wie auch in anderen Fragen ist jedoch bewiesen worden, dass tatsächlich eine Verständigung von allen Seiten gesucht und durch weitgehende Kompromisse, die immer im Rahmen einer realen Politik bleiben, auch ermöglicht wird.